

Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag:

Wir wollen ein bayerisches Vorsorgegesetz bei grüner Gentechnik:

Gentechnikfrei in Bayern muss möglich bleiben

Fragen um die Gentechnik bewegen die Menschen: Hat jeder Landwirt die Möglichkeit, auch in Zukunft noch gentechnikfrei zu produzieren? Hat der Verbraucher die Möglichkeit, auch in Zukunft noch gentechnikfrei einzukaufen und zu essen? Diese Freiheit der Entscheidung muss gesichert sein.

Derzeit untersagt die EU, dass sich Länder und Regionen für gentechnikfrei erklären. Wir hoffen, dass sich hier ein neues Bewusstsein bildet. Dazu setzen wir auf die österreichische EU-Präsidentschaft. Wir setzen darauf, dass die von Oberösterreich und der Toscana im November 2003 gegründete Allianz der Regionen, die freiwillig auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im agrarischen Pflanzenbau verzichten wollen, mittlerweile auf 36 Mitglieder in ganz Europa angewachsen ist und immer neue Regionen hinzukommen. Bestärkt sehen wir uns auch durch das eindeutige Nein der Schweizer zur Agro-Gentechnik: In der Schweiz hatte sich am 27. November 2005 bei einer Volksabstimmung die eindeutige Mehrheit der Wahlberechtigten (über 57 Prozent) für ein fünfjähriges Gentechverbot in der Landwirtschaft ausgesprochen.

Auch in Deutschland sind bereits über 16 300 ökologische wie konventionelle Landwirte in 69 GVO-freien Zonen organisiert – mit rund 550 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Ist Koexistenz möglich? Bisher konnte die Frage, ob gentechnikfreie Bewirtschaftung neben Feldern mit gentechnisch veränderten Organismen überhaupt möglich ist, in keiner Weise befriedigend beantwortet werden. Deshalb verbietet sich der Einsatz von grüner Gentechnik in Bayern, solange nicht über die Koexistenzmöglichkeit abschließend befunden ist. Ansonsten besteht die Gefahr, dass nicht mehr rückholbare Tatsachen geschaffen werden. Dann würden Fakten geschaffen, die künftig die Ausweisung von „gentechnikfreien Zonen“ nicht mehr erlauben. Die EU fordert, dass Deutschland die Koexistenzfrage selbst klärt.

Keine vollendeten Tatsachen schaffen: Wir bringen ein Bayerisches Gentechnik-Vorsorgegesetz ein. Es orientiert sich am entsprechenden Salzburger Gesetz orientieren, das von der EU-Kommission bereits als EU-konform gebilligt worden ist. Ziel ist es, in Bayern eine landesweite Verseuchung mit gentechnisch veränderten Organismen zu verhindern und die Chance zu gentechnikfreien Zonen zu erhalten. Es fordert insbesondere eine Haftpflichtversicherung des GVO-Anbauers, die derzeit keine deutsche Versicherung anbietet.

Als SPD-Landtagsfraktion fordern wir:

- ◆ die **Entscheidungsfreiheit für die Landwirte**, ob sie gentechnikfrei oder gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen wollen.
- ◆ die **Entscheidungsfreiheit für die Verbraucher**, ob sie Lebensmittel aus GVO-Pflanzen oder Fleisch von Tieren, die mit solchen Pflanzen gefüttert wurden, kaufen wollen oder nicht. Dazu bedarf es eindeutiger und weitreichender „Kennzeichnungspflichten“.
- ◆ die **Haftung nach dem Verursacherprinzip**. Gegen diese sinnvolle und eindeutige Regelung im geltenden Gesetz opponieren vor allem die CSU und ihr Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherschutzminister (!) Seehofer. Sie wollen das bestehende Gentechnikgesetz ändern. Sie wollen die Abkehr vom Verursacherprinzip und mögliche Schäden durch die Allgemeinheit abdecken. Sie schlagen vor, einen Fonds zu bilden, der von Industrie, Bauern und Steuerzahlern beschickt wird. Das ist unglaublich: Die Gen-Industrie hat sich schon bisher geweigert, hier Risiken zu tragen. Sollen die Landwirte, die sich bewusst gegen Gentechnik entschieden haben, für die Folgeschäden des GVO-Anbaus aufkommen? Sollen die Steuerzahler für etwas aufkommen, was sie zu 75 Prozent ablehnen? Die Lösung der CSU käme einer Gentechniksteuer gleich. Da machen wir nicht mit. Den Schaden muss bezahlen, wer ihn verursacht.

Kontakt: Berthold Merkel, SPD-Landtagsfraktion, Maximilianeum, 81627 München, TEL (089) 4126 2302, FAX (089) 4126 59 2302, EMAIL berthold.merkel@bayernspd-landtag.de

